

NRZ Duisburg

Mittwoch 16.11.2005

## Angst vor Staub und Abgasen NACHFRAGE

### **ERÖRTERUNG / In der Walsumer Stadthalle geht es seit gestern um Einwendungen gegen das geplante Steag-Kohlekraftwerk. Angaben wie zum Wirkungsgrad bezweifelt.**

Persönliche Betroffenheit hier und Schimpfen über Profitgier der Industrie - streng sachbezogene Erläuterungen dort und manch Ausweichen vor präzisen Angaben: Beim ersten Tag der Erörterung zum geplanten Steag-Kohlekraftwerk in Walsum prallten die Fronten zwischen Bürgern und Kraftwerksbauer hart aufeinander.

Brigitte Sonntag aus Walsum war eine der 1300 Bürger, die schriftlich protestiert haben: "Denken Sie an unsere Gesundheit", rief sie der Phalanx von 16 Steag-Fachleuten zu, die links vom Leitungspult Aufstellung genommen hatte. Dr. Wolfgang Konrad, bei dem Energieproduzenten für Standorte und Genehmigungsverfahren zuständig, konterte: "Alle Zusatzimmissionen aus den bestehenden Blöcken 7 und 9 und dem neu geplanten Block 10 sind irrelevant."

### **Mit Fachleuten der Stadtverwaltung**

Um 10.17 Uhr hatte gestern Morgen Erörterungsleiter Siegfried Goetsch die Anhörung in der behaglichen Walsumer Stadthalle eröffnet. Goetsch ist Dezernent im Bereich Immissionsschutz bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Zu seiner Linken saß die Expertengruppe des Antragstellers Steag AG (Essen), zu seiner Rechten neun Vertreter der Stadt, vor ihm die Sprecher der Bürgerinitiative Duisburg und in ihrem Rücken rund 160 Einwender und interessierte Bürger.

Sechs Punkte stehen auf der Tagesordnung, angefangen von "verfahrensrechtlichen Aspekten" über Emissionen und Immissionen bis zum Lärmschutz. Goetsch sagte der NRZ, dass neben den persönlichen Einwendungen in der Stadthalle auch alle schriftlichen Einwendungen zur "Sachverhaltsaufklärung" berücksichtigt würden.

Erst einmal gab es zwei Stunden eine offene Aussprache. Die Kritik der Einwender an der Steag: Auf Kohle zu setzen sei veraltet, der genannte Wirkungsgrad (über 45 %) sei falsch, der Ausstoß an Schadstoffen zu hoch. Und: viel Kritik an der Stadtverwaltung wegen des unterlassenen "gemeindlichen Einvernehmens".

**Warum hat das Bau-Dezernat dem Stadtrat keine Beschlussvorlage über das "gemeindliche Einvernehmen" zu dem geplanten Kraftwerk vorgelegt, fragte die NRZ Baudezernent Jürgen Dressler. Dressler: "Die Ermächtigung für die Kraftwerksplanung hat der Bebauungsplan Dr.-Wilhelm-Roelen-Straße, Walsum, gegeben. Umweltrechtliche Fragen betreffen das Umweltdezernat." (ama)**

15.11.2005 ANDRE MASSMANN

NIEDERRHEIN

## Bürger fürchten um ihre Gesundheit

WALSUM Das Vorhaben der Steag, am Standort Walsum ein neues Kohlekraftwerk zu bauen, fand bei den zahlreichen Einwendern, die gestern zum Auftakt der Erörterung in die Walsumer Stadthalle gekommen waren, keine Gegenliebe. Zu geringer Wirkungsgrad, veraltete Technik und dazu noch hochgradig gesundheitsgefährdend, argumentierten die Betroffenen gegen die Steag-Pläne.



Mit Interesse verfolgten gestern Einwander und Betroffene die **Erörterung** über das geplante **Kohlekraftwerk** der Steag in der Walsumer Stadthalle. Etliche beteiligten sich mit **engagierten Wortbeiträgen** an der Diskussion. RP-FOTO: JÖRG KAZUR

## Angst um die Gesundheit

**Zu geringer Wirkungsgrad, veraltete Technik und dazu hochgradig gesundheitsgefährdend. Diese Einwendungen wurden bei der Erörterung über den geplanten Kraftwerksneubau der Steag in Walsum vorgetragen.**

VON HEINZ SCHILD

WALSUM Das Vorhaben des Essener Energie- und Technologiekonzerns fand bei den Einwendern, die gestern zum Auftakt der Erörterung in die Walsumer Stadthalle gekommen waren, keine Gegenliebe. Dabei hatte Dr. Wolfgang Konrad, bei der Steag zuständig für Umweltbeziehungen, Standorte und Genehmigungsverfahren, bei der Vorstellung des Projekts noch betont, dass eines der modernsten Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 750 Megawatt (MW) entstehen soll, das mit hocheffektiven Umweltschutzeinrichtungen ausgestattet sei und einen Wirkungsgrad von „etwas mehr als 45 Prozent im Bestpunkt“ erreiche.

„Fast alles, was vorgetragen wurde, ist fragwürdig oder Makulatur“, kommentierte Einwender Wilfried Mohr von der Duisburger Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk die Ausführungen von Dr. Konrad. Denn nach Mohrs Berechnungen liegt der Wirkungsgrad der geplanten Anlage nur bei 39 Prozent. „Die verwendete Technologie ist von gestern, das Kraftwerk veraltet, wenn es gebaut ist“, warf Paul Moses vom Umweltforum Duisburg der Steag vor. Und wenn es fertig sei, müssten die Menschen die nächsten 30 bis 40 Jahre mit diesem Industrie-Dinosaurier leben. Mit viel Applaus aus den Reihen der Einwender wurde die Feststellung von Brigitte Sonntag bedacht: „Wir Bürger akzeptieren dies Kraftwerk nicht.“ Es sei eine „Dreckschleuder“, deren Schadstoffausstoß Gesundheit und Leben gefährde.

Immer wieder betonten die Steag-Sprecher, dass das modernste und effektivste Kraftwerk geplant werde, das es in Deutschland gebe und das auch international einen Spitzenplatz einnehmen werde. „Es gibt keine modernere Anlage“, sagte Dr. Wolfgang Benesch, Leiter der Steag-Planungsabteilung. Warum das Projekt in den Himmel gelobt werde, konnte Peter Gebhardt nicht verstehen, da das Kraftwerk nicht dem entspreche, was auf EU-Ebene als bestverfügbarer Stand der Technik definiert sei.

Mit Kritik wurde die Steag von den Kraftwerksgegnern überschüttet, weil der Konzern die Anlage in Deutschland errichten will, ein Großteil des produzierten Stroms nach Österreich geliefert werden soll. „Was bleibt uns“, fragte Wilfried Mohr und gab die Antwort gleich hinterher: „Der Dreck.“

Hart ins Gericht ging auch Einwender Michael Lefknecht mit der Steag. Dem Unternehmen hielt er vor, nur an den Gewinn zu denken und sich deshalb für die Kohleverbrennung entschieden zu haben, bei der ein Großteil der Energie einfach in der Luft verpuffe, obwohl der Einsatz einer besseren Technologie möglich wäre.

„Nicht das Wohl der Bürger ist Ihnen wichtig, sondern nur das der Anteilseigner“, schimpfte Lefknecht. Für ihn war der Fall klar, da es in Deutschland Überkapazitäten an Strom gebe, werde kein neues Kraftwerk benötigt. Also sollte eine Anlage mit Kraft-Wärme-Kopplung dort entstehen, wo sie benötigt werde - in Österreich.

Die sofortige Aussetzung der Erörterung beantragte der Hünxer Josef Besseling vergebens. Da auch die Dinslakener, Voerder und Hünxer Bürger von dem zu erwartenden Schadstoffausstoß des geplanten Kraftwerks betroffen seien, müssten auch sie beteiligt, die Antragsunterlagen in ihren Kommunen ausgelegt werden, um den Bürger die Möglichkeit zu Einwendungen zu geben. Dies sah auch Philipp Heinz, Rechtsanwalt der Bürgerinitiative, so und rügte den seiner Ansicht nach begangenen Verfahrensfehler.

**INFO Es geht weiter** Die Bezirksregierung Düsseldorf als Genehmigungsbehörde ging gestern davon aus, die Erörterung in zwei bis drei Tagen durchführen zu können. Die mündliche Verhandlung wird heute ab 9 Uhr in der Walsumer Stadthalle fortgesetzt.

## MEINUNG

### Vertrauen schaffen

Die Positionen sind klar: Für die Steag ist es das modernste und effektivste Kraftwerk, das entstehen soll, für die Gegner eine Dreckschleuder, die ihre Gesundheit gefährdet und deshalb nicht genehmigt werden darf. Die Angst der betroffenen Bürger und ihre ablehnende Haltung sind nur allzu verständlich. Sie sehen neue Belastungen auf sich zukommen - und das wollen sie nach Möglichkeit verhindern. Die Steag, das ist für viele der große Konzern, der am Gewinn interessiert ist, nicht an der Gesundheit der Menschen. Das Essener Versorgungsunternehmen will Geld verdienen und sieht dazu gute Möglichkeiten mit dem geplanten Bau des neuen Kraftwerkblocks. Dass sie Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdungen hinnehmen sollen, damit der in Walsum produzierte Strom nach Österreich geliefert werden kann, bringt viele Einwander auf die Palme. Dafür haben sie kein Verständnis. Die Steag muss in der Erörterung Vertrauen schaffen, Ängste abbauen. Das geht nur, wenn sie die Einwander, deren Argumente und Sorgen ernst nimmt und auf umfassende Information setzt. Die Karten müssen offen auf den Tisch gelegt werden.

HEINZ SCHILD

### Hat Steag Zahlen geschönt ?

**Die Steag soll mit geschönten Zahlen gearbeitet haben, damit die Belastungen durch das geplante Kohlekraftwerk unter der Relevanzschwelle liegen. Diesen Vorwurf erhebt die Duisburger Bürgerinitiative.**

VON HEINZ SCHILD

WALSUM Schweres Geschütz führen die Gegner des geplanten Kraftwerkbaus am zweiten Tag der Erörterung in der Walsumer Stadthalle auf. Was von der Steag an Unterlagen für ihr Bauprojekt vorgelegt und von der Bezirksregierung Düsseldorf vollständig abgezeichnet wurde, bewertete Michael Lefknecht von der Bürgerinitiative (BI) als „Skandal“. So seien Zahlen bei der Emissionserklärung mit Blick auf das anstehende Verfahren runtergerechnet worden. Nicht anders konnte er sich erklären, dass die Staubbelastung der beiden bestehenden Blöcke des Steag-Kraftwerks im Jahr 2000 bei 33,9 Tonnen lag, 2004 dann auf 9,4 Tonnen gesunken war.

Der Bezirksregierung und dem Landesumweltamt hielt Lefknecht vor, dass sie bei diesen auffälligen Zahlen nicht stutzig geworden sind. Denn danach wäre einer der Kraftwerksblöcke im vergangenen Jahr zu 80 Prozent ausgelastet gewesen und der andere nur zu 20 Prozent. „Da brauchen wir das neue Kraftwerk ja gar nicht“, schlussfolgerte Wilfried Mohr von der Bürgerinitiative.

Getrickst hat der Energiekonzern nach Ansicht der Kraftwerksgegner auch beim Schornstein. Dadurch, dass die Schadstoffe über den 181 Meter hohen Kühlturm abgeleitet werden sollen, hebele die Steag die Vorgaben der Technischen Anleitung (TA) Luft aus. Ein konventioneller Schornstein, so schätzte Peter Gebhardt (BI), müsste nur 120 Meter hoch gebaut werden. Allerdings würden sich dann höhere Zusatzbelastungen ergeben, wodurch das Vorhaben nicht mehr genehmigungsfähig sei. Die Ableitung der Schadstoffe über den Kühlturm verteidigte Steag-Sprecher Dr. Wolfgang Konrad als „gängige und erprobte Technik“.

Und noch auf weitere Mängel in den Steag-Unterlagen machten die Kraftwerksgegner aufmerksam. So seien bei den aufgelisteten Belastungen die Emissionen auf dem Betriebsgelände und die des Kohle-Reservelagers gar nicht berücksichtigt worden. Gibt die Steag die Emissionen des Kohlelagers für den laufenden Betrieb mit 18 Kilogramm pro Jahr an, rechnete Gebhardt diese auf 1760 Kilogramm hoch. „Wir können mit den unbrauchbaren Steag-Zahlen nicht erörtern“, stellte Rechtsanwalt Philipp Heinz für die Bürgerinitiative fest und beantragte den Abbruch der Verhandlung. Die wurde fortgesetzt. Die Steag-Unterlagen werden geprüft, sollten die bemängelten Daten entscheidungsrelevant sein, müssen neue Unterlagen eingereicht werden. In diesem Fall soll es eine neue Auslage und eine neue Erörterung geben. Aber vorerst geht es heute weiter.

**INFO Konsequenzen** Dass die Bezirksregierung Düsseldorf die Steag-Unterlagen nicht in allen betroffenen Kommunen ausgelegt hat, bewertete Anwalt Philipp Heinz als massiven Verfahrensfehler. Er kündigte Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den zuständigen Abteilungsdirektor Dr. Stork an und erwägt eine Strafanzeige wegen Rechtsbeugung.



Einwenderin **Ingeburg Lenz** ist entsetzt über den **Dreck** in der **Luft**. Sie säuberte ihre Luftreinigungsgeräte und brachte das verwendete Wasser mit zur **Erörterung**. Wie schmutzig es ist, demonstrierte sie mit dem Tuch. RP-FOTO: JÖRG KAZUR

pm\_54802.rss2

## MEINUNG

### Freude und Protest

In Voerde feiert die Steag, dass sie ihr Kraftwerk mit moderner Technik aufgerüstet hat. Wenige Kilometer entfernt schlägt dem Energieunternehmen in der Walsumer Stadthalle der Protest um ihre Gesundheit besorgter Bürger entgegen, weil es in Walsum ein Kraftwerk bauen will. Und dies, obwohl dieses Kraftwerk mit modernerer Technik ausgestattet sein würde, als das aufgerüstete in Voerde. Ein Widerspruch? Keineswegs. Verbesserungen an einem bestehenden Standort sind das eine. Die sind messbar. Nicht so ohne weiteres messbar ist dagegen das Versprechen der Steag, dass ihr Walsumer Neubau mit dem Modernsten an machbarer Technik ausgerüstet wird. Genau das nehmen viele Bürger der Steag nicht ab. Es fehlt ihnen anvertrauen. Wundern darf's nicht. Die Steag agiert gemeinsam mit der DSK unter dem Dach der gemeinsamen Mutter RAG. In der Diskussion um den Bergbau hat der Konzern, das zeigt sich hier wieder, jede Menge Vertrauen verspielt.

JÖRG WERNER

## „Haben Sie ein Gewissen?“

Betretene Gesichter gab es gestern auf Seiten der Steag, als am letzten Erörterungstag einige Kindergartenkinder, Grundschüler und deren Eltern in der Walsumer Stadthalle erschienen. Sie appellierten an die Vertreter des Energiekonzerns, auf den geplanten Kraftwerksbau zu verzichten.

VON HEINZ SCHILD



Als Fürsprecherin der **Walsumer Jungen und Mädchen**, die gegen den Kraftwerksneubau **protestierten**, fragte Birgit Barlogie die **Steag-Mitarbeiter**, ob sie ein Gewissen hätten und sorgte so für betroffene Gesichter bei den Angesprochenen. RP-FOTO: JÖRG KAZUR

WALSUM „Wir wollen nicht krank werden“ und „Wir brauchen saubere Luft“ stand auf den Plakaten, die die Kinder den Vertretern der Steag entgegen hielten. Etliche der Jungen und Mädchen hatten auf einer Tafel gegen den Bau des Kohlekraftwerks des Essener Energiekonzerns unterschrieben. Birgit Barlogie wendete sich in der laufenden Erörterung als Fürsprecherin des Nachwuchses an die Steag-Mitarbeiter und stellte ihnen nur die eine Frage: „Haben Sie ein Gewissen?“

### Medikamente verteilt

Damit sorgte die Erzieherin dafür, dass die Angesprochenen sich sichtlich unwohl in ihrer Haut fühlten? Und auch Steag-Sprecher Dr. Wolfgang Konrad konnte nicht verbergen, dass er unangenehm berührt war. Den Brief eines Kindes, der ihm übergeben wurde, nahm er zwar noch an und öffnete ihn, aber vorlesen wollte er ihn nicht. Das übernahm dann ein Mädchen für ihn. „Lieber Dr. Konrad, sorgen Sie bitte dafür, dass ich gesund aufwachse“, stand auf dem Briefbogen. Dann verteilten die Kinder Asthmaspray und Kortison an die Steag-Vertreter, damit ihnen nicht die Luft wegbleibt.

Kritik an den von der Steag eingereichten Unterlagen hagelte es auch gestern wieder, als es um die Immissionsprognose ging. Ob die Werte eingehalten würden, sei mit den vorliegenden Unterlagen nicht nachprüfbar, befand Philipp Heinz, Rechtsanwalt der Bürgerinitiative, bemängelte die Qualität des vorgelegten Zahlenmaterials und beantragte zu untersuchen, welche Belastung bereits bestehe. Sollte eine starke Vorbelastung vorhanden sein, müsse eine Sonderfallprüfung stattfinden, forderte Peter Gebhardt für die Einwander. Dem Konzern bescheinigte der Rechtsanwalt, in keiner Weise bereit zu sein, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. „Was Sie hier machen, ist gegen die Bevölkerung und gegen das Weltklima“, ging Wilfried Mohr sogar noch einen Schritt weiter. Auch mit dem Lärmgutachten, von einem ihrer Mitarbeiter erstellt, konnte die Steag bei den Kraftwerksgegnern nicht punkten. Ein massives Misstrauen gegen den Energiekonzern, das sich bei Rechtsanwalt Heinz eingestellt hatte, ließ ihn eine neue Lärmuntersuchung fordern, die allerdings von einem neutralen Gutachter erstellt werden sollte. Er bemängelte unter anderem, dass die Schutzbedürftigkeit des Hospitals Sankt Camillus in der Untersuchung nicht ausreichend berücksichtigt worden ist und die Punkte für die Lärmmessung falsch festgelegt wurden. Der gesamte Antrag der Steag „ist Mist, von vorne bis hinten“, brachte Rechtsanwalt Heinz seinen Eindruck auf den Punkt, forderte klare Aussagen zu dem, was beantragt werden soll, ohne Verweise auf irgendwelche Anhänge.

**INFO Über 100 Anträge** Drei Verhandlungstage dauerte die Erörterung über den geplanten Kraftwerksbau der Steag an ihrem Standort in Walsum. Über 100 Anträge wurden während der mündlichen Verhandlung gestellt, über die die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Genehmigungsbehörde nun zu entscheiden hat.

WAZ Duisburg

Freitag 18.11.2005

## Kühlturm stört die Vögel

Drei Tage lang kämpfte die Bürgerinitiative gegen Umweltgifte zusammen mit ihrem Rechtsanwalt Philipp Heinz um den Abbruch des Erörterungstermins. Etliche Male wurden Anträge gestellt - und doch zog die Bezirksregierung Düsseldorf das Verfahren durch - zum Unmut der Bürger, die sich in der Walsumer Stadthalle eingefunden hatten. Sie sind - wie berichtet - überhaupt nicht damit einverstanden, dass vor ihrer Nase ein neuer Kraftwerksblock entstehen soll.

Die Bezirksregierung ist nach Einschätzung des Berliner Anwalts für Genehmigungsverfahren allerdings ins Grübeln gekommen. U.a. deshalb, weil die Initiative immer wieder aufgezeigt hat, wo ihrer Meinung nach nicht alles mit rechten Dingen zugeht, bzw. zuzug. Die Steag, die das Kraftwerk betreiben will, habe etwa mit keinem Wort erwähnt, welche Belastungen durch Kohlestaub und den Werksverkehr entstehen würden. Rechtsanwalt Heinz befürchtet starke Staubfahnen, u.a. von den geplanten Kohlehalden. Die Bürger wiesen auch darauf hin, dass ein Gutachter, der die Auswirkungen auf die Natur untersucht hat, mit keinem Wort - angeblich wider besseren Wissens - erwähnt habe, dass die Fluglinie seltener Vögel aus den Rheinauen durch den Kühlturm durchbrochen werde.

Diese und etliche andere Argumente hat die Bezirksregierung zur Kenntnis genommen und wird sie, so ein Sprecher der Behörde aus Düsseldorf, in den kommenden Tagen und Wochen analysieren und bewerten. Sollten die Düsseldorfer zur Erkenntnis kommen, dass "Nachbesserungen" vor Erteilung einer Baugenehmigung nötig seien, würden weitere Gutachten angefordert.

Die Bürgerinitiative hofft aber, dass das Anhörungsverfahren dann von vorne beginnen muss.

17.11.2005 Von Gregor Herberhold

## Kirchengemeinde gegen Kraftwerk

**Die Evangelische Kirchengemeinde Walsum-Aldenrade macht sich in einer Erklärung gegen den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerks der Steag stark. Das Projekt widerspreche einem nachhaltigen und verantwortlichen Umgang mit der Natur.**

WALSUM (RP) Die Kirchengemeinde protestiert gegen das Bauvorhaben und bekennt sich zuip ökologischen Auftrag. Die Natur sei dem Menschen auf Zeit anvertraut und warte auf die Weitergabe an die folgenden Generationen, heißt es in dem Schreiben.

Festgestellt wird in der Erklärung, dass der Duisburger Raum durch die ansässige Großindustrie bereits außergewöhnlich hoch belastet sei. Nur aufgrund der hohen Belastung wäre der Bau des geplanten Steinkohle-Kraftwerkes in Walsum überhaupt rechtlich möglich.

Das geplante Steinkohle-Kraftwerk ist nach den Informationen der Evangelischen Kirchengemeinde nicht auf dem Stand dessen, was zurzeit oder in absehbarer Zukunft technisch machbar ist. Ein durchschnittlicher Wirkungsgrad von deutlich unter 50 Prozent wird als nicht akzeptabel angesehen. Der errechnete zusätzliche Ausstoß von etwa 300 Tonnen Feinstaub im Jahr sei für die Stadt, deren Meßwerte bereits jetzt deutlich über der gesetzlich festgesetzten Grenze für Feinstaub-Emissionen lägen, deutlich zu hoch. Der Ausstoß an CO<sub>2</sub>, der bei rund 3,5 Millionen Tonnen im Jahr liegen werde, würde den Klimawandel, dessen Folgen die Kirchengemeinde schon heute mit Sorge wahrnehme, beschleunigen. Weitere Emissionen (Stickoxide, Chlorwasserstoff, Fluorwasserstoff, Cadmium, Thallium, Dioxine) würden Mensch und Natur ebenfalls belasten.

Hingewiesen wird in der Erklärung darauf, dass sich der geplante 181 Meter hohe Kühlturm in der Vogelfluglinie des Schutzgebietes an der Rheinaue befinden würde. Die Lärmbelästigung für die Walsumer Bevölkerung würde sich durch den An- und Abtransport der Kohle, des Heizöls, der Filterstäube deutlich erhöhen.

### Alternative Technologien

Ausdrücklich wird von der Kirchengemeinde Walsum-Aldenrade die Schaffung neuer Arbeitsplätze begrüßt. Doch werden die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik gefragt, ob mit dem jetzt diskutierten Investitionsvolumen von zirka 800 Millionen Euro nicht mehr und vor allem umweltfreundlichere als die etwa 50 Arbeitsplätze in Walsum geschaffen werden können. Zudem gebe es bereits Alternativen in der Energiegewinnung, die den Aspekten der Nachhaltigkeit weitaus mehr Rechnung tragen würden. Ein klimafreundlicheres Gaskraftwerk oder die Ansiedlung von Industrien zur alternativen Energiegewinnung sind aus Sicht der Kirchengemeinde nicht nur für das Image von NRW, Duisburg und Walsum ein Gewinn. Es würden zudem deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen. „Der Gewinn für Umwelt und Mensch, die Gesundheit der Bevölkerung und die Bewahrung unserer Schöpfung für kommende Generationen wäre von unschätzbarem Wert“, heißt es in der Erklärung.

## Das Projekt

Der Essener Energie- und Technologiekonzern Steag will an seinem Walsumer Kraftwerksstandort einen dritten Kraftwerksblock mit einer installierten Leistung von 750 Megawatt errichten. Der Baubeginn ist für 2006/2007 geplant. 2010 soll dann der kommerzielle Betrieb aufgenommen werden.

Süddeutsche

18.11.2005

## RWE plant in Hamm für 1,3 Milliarden Euro neues Steinkohle-Kraftwerk

HAMM/ESSEN (dpa-AFX) - Der Energiekonzern RWE will an seinem Kraftwerksstandort Hamm für 1,3 Milliarden Euro ein neues Steinkohlen-Kraftwerk bauen. Geplant sei eine Doppelblockanlage mit einer Leistung von 1.500 Megawatt, teilte die RWE Power AG am Freitag in Essen mit. Das Kraftwerk soll vorhandene Kraftwerksblöcke ersetzen. Der Baubeginn werde 2008 erfolgen. Die Inbetriebnahme ist für 2011 oder 2012 vorgesehen. Die endgültige Bauentscheidung müsse noch von den Aufsichtsgremien gefällt werden.

Das neue Kraftwerk soll einen Wirkungsgrad von bis zu 46 Prozent erreichen. Die drei Altanlagen mit insgesamt 600 Megawatt Leistung schaffen derzeit rund 38 Prozent. Sie sollen in zwei Stufen 2010 und 2014 abgeschaltet werden. An dem Standort werden seit 1962 Kraftwerke betrieben. Von 1983 bis 1988 war in Hamm auch ein Atomkraftwerk, der weltweit erste industrielle Prototyp eines Thorium-Hochtemperatur- Reaktors (THTR), in Betrieb.

Bereits im September hatte RWE entschieden, im rheinischen Braunkohlenrevier bei Köln für 2,2 Milliarden ein neues Braunkohlenkraftwerk zu bauen. Der zweitgrößte deutsche Energiekonzern will in den kommenden 15 Jahren insgesamt rund zwölf Milliarden Euro in seinen deutschen Kraftwerkspark investieren. /tob/DP/sb

RWE Power AG [Pressemappe](#)

18.11.2005

## Neuer Steinkohlendoppelblock für den Standort Westfalen

Essen (ots) - Im Zuge der Kraftwerkserneuerung hat der Vorstand der RWE Power beschlossen, am bestehenden Kraftwerksstandort Westfalen in Hamm ein neues, modernes steinkohlengefeuertes Doppelblockkraftwerk mit einer Gesamtleistung von rund 1.500 Megawatt zu errichten. Eine endgültige Bauentscheidung steht noch unter dem Vorbehalt der Befassung der entsprechenden Aufsichtsgremien. Nach heutigem Planungsstand beläuft sich die Gesamtinvestition auf 1,3 Milliarden Euro. Die Inbetriebnahme ist für 2011/2012 vorgesehen.

Im Rahmen einer EU-weiten Ausschreibung erfolgt derzeit der Wettbewerb über die Vergabe der gesamtplanerischen Leistung für das neue Kraftwerk. Darauf wird die Auftragsvergabe aufbauen. In einem weiteren Schritt müssen dann die notwendigen Rahmenbedingungen für die Errichtung der neuen Anlage geklärt werden. Dazu ist eine rechtssichere Genehmigung für den Bau und Betrieb des Kraftwerks durch die zuständigen Behörden erforderlich. Die Erfüllung weiterer Randbedingungen ist ebenso eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung dieses ehrgeizigen Projekts. Das neue Kraftwerk wird vorhandene Kraftwerksblöcke ersetzen. Durch den konsequenten Einsatz modernster Technologien wird die Anlage einen Wirkungsgrad von bis zu 46 Prozent erreichen. Das ermöglicht nicht nur eine effiziente Nutzung der Steinkohle, sondern vermindert vor allem auch den Ausstoß an CO2 im Vergleich zu Altanlagen.

Mit dem neuen 1.500-Megawatt-Doppelblock am Kraftwerksstandort Westfalen in Hamm setzt RWE Power ihr Kraftwerkserneuerungsprogramm konsequent fort. Im September 2005 hatte der Vorstand der RWE AG eine Grundsatzentscheidung für den Bau und Betrieb eines Braunkohlenkraftwerks mit optimierter Anlagentechnik (BoA) in Neurath mit einem Investitionsvolumen von 2,2 Milliarden Euro getroffen. Weiterhin investiert RWE Power 150 Millionen Euro in die Errichtung von Vorschaltgasturbinen am Kraftwerksstandort Weisweiler, die den Wirkungsgrad der Braunkohleverstromung steigern werden.

Westfälischer Anzeiger

18.11.2005

## Kohle scheffeln für Hamm

### Geplanter Bau des neuen RWE-Kraftwerks stößt auf positive Resonanz Wirtschaftliche Entwicklung der Stadt werde durch das Projekt gestärkt

UENTROP · Die angekündigte Erneuerung des Kraftwerks Westfalen verleitet nicht nur Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann, sondern auch den Leiter des RWE-Kraftwerks, Dr. Stefan Laarmann, zu wahren Freuden ausbrüchen. "Ich bin begeistert, das ist super, das ist das Beste, was uns passieren konnte", jubelte der Kraftwerksleiter gestern. "Jetzt ist endlich sicher, dass es an unserem Standort weitergeht und Arbeitsplätze gesichert werden", sagte Laarmann. "Eigentlich war geplant, dass die Blöcke A und B nur noch fünf Jahre und der Block C bis 2014 in Betrieb bleiben", sagte Laarmann.

Wie gestern berichtet, hat der RWE-Vorstand beschlossen, am bestehenden Kraftwerksstandort in Uentrop bis zum Jahr 2012 ein modernes steinkohlengefeuertes Doppelblockkraftwerk mit einer Gesamtleistung von rund 1 500 Megawatt in Betrieb zu nehmen. Es soll die schon seit mehr als 40 Jahre arbeitenden Blöcke des bestehenden Kraftwerks mit einer Leistung von 600 Megawatt ersetzen. Die Investitionssumme wird sich auf etwa 1,3 Milliarden Euro belaufen.

Der OB drückte dem Vorstandsvorsitzenden der RWE Power AG, Jan Zilius, gestern in einem Brief seinen Dank aus. Durch die Entscheidung, den Steinkohledoppelblock in Uentrop zu errichten, werde der Energiestandort Hamm nachhaltig unterstützt. Die Unternehmens-Investitionen und die Sicherung von 230 Arbeitsplätzen würden für den Strukturwandel der Stadt dringend benötigt. Für das bestehende Genehmigungsverfahren sagte er seine volle Unterstützung zu. "Wir werden den Beweis antreten, dass es möglich ist, auch im dichten, gerade in jüngster Zeit oft beklagten, Bürokratedickicht schnelle und flexible Entscheidungen zu treffen", erklärte Hunsteger-Petermann. **Die schnelle Abwicklung des Genehmigungsverfahrens für den Bau des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks von Trianel habe gezeigt, dass die Verwaltung dazu in der Lage sei.**

Noch keine Perspektiven für den heimischen Bergbau

Die Hoffnung Hunsteger-Petermanns, dass sich aus dem Einsatz der Steinkohle zur Stromerzeugung auch Perspektiven für den heimischen Bergbau ergeben könnten, teilt Kraftwerksleiter Laarmann allerdings nur bedingt. "Wir werden überwiegend mit Importkohle versorgt werden", sagte der Kraftwerksleiter. Zwar wäre es "schön", wenn auch heimische Kohle zur Energieerzeugung eingesetzt werden könnte, "zwingend erforderlich" sei das aber nicht.

Uneingeschränkte Begeisterung herrschte gestern auch beim Chef der Hammer Wirtschaftsförderung, Eberhard Wiedenmann. "Mit dem Neubau des Kraftwerks wird Hamm endgültig zu einem Energieschwerpunkt in Nordrhein-Westfalen, wenn nicht sogar darüber hinaus", sagte er stolz. Das neue Kraftwerk werde nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung und die Kaufkraft in Hamm stärken, sondern weitere Impulse zur Ansiedlung in der Stadt geben. Auch sieht er Chancen, dass heimische Unternehmen von dem Neubau profitieren könnten. "Bei Trianel ist es uns perfekt gelungen, die Erschließungs-Aufträge an Hammer Tiefbauunternehmen zu vergeben", sagte Wiedenmann. Er kenne keinen Grund, warum so etwas nicht wieder klappen könnte. "Wir werden auf jeden Fall unseren ganzen Einfluss geltend machen, dass Transparenz bei den Aufträgen herrscht, damit auch unsere Firmen eine Chance bekommen", versicherte der Leiter der Wirtschaftsförderung.

Heinz-Lothar Luther, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Hamm, rechnet allerdings nicht mit vielen Aufträgen für die heimischen Handwerksbetriebe. "Zwar haben wir Unternehmen, die in einer Kooperation solche Aufträge übernehmen könnten, doch die Erfahrung hat gezeigt, dass der Generalunternehmer, der so ein Kraftwerk errichtet, in der Regel seine eigenen Betriebe mitbringt. Allerdings könnte es nach der Errichtung der Doppelblöcke zu Nachfolgeaufträgen, etwa bei Wartungs- oder Instandsetzungsarbeiten für das heimische Handwerksgebiet kommen.

Der Betriebsratsvorsitzende des Kraftwerks Westfalen, Leonhard Zubrowski, war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Positive Auswirkungen für den Klimaschutz

"Im nächsten Schritt wird die neue Anlage von unseren Projektleuten konzipiert", sagte Kraftwerksleiter Laarmann. Dank neuer Steinkohlentechnik soll sie einen Wirkungsgrad von 46 Prozent erreichen. Dadurch werde die Kohlendioxidemission gegenüber der jetzigen Technik mit einem Wirkungsgrad von 38 Prozent je erzeugter Kilowattstunde um 20 Prozent verringert - was der Wirtschaftlichkeit und dem Klimaschutz diene. "Wenn die Genehmigungen erteilt sind, können wir 2008 mit den Baumaßnahmen beginnen", freut sich Laarmann. "Dann müssen wir beweisen, dass wir dem Vertrauen, das RWE mit diesem Projekt in uns gesetzt hat, gerecht werden und zeigen, dass wir ein solches Hochleistungskraftwerk betreiben können." · fgr

NRZ

Samstag 19.11.2005

## RWE setzt mit neuem Kraftwerk weiter auf NRW

**In Hamm will der Essener Konzern 1,3 Milliarden Euro für einen Neubau ausgeben.**

HAMM. Der RWE-Konzern treibt sein Programm zur Erneuerung und Modernisierung der Kraftwerke voran. Am Standort Hamm will Deutschlands größter Stromkonzern ein neues Steinkohlekraftwerk mit einer Leistung von 1500 Megawatt errichten. Einem entsprechenden Beschluss des Vorstands der Kraftwerkstochter RWE Power müssen die Aufsichtsgremien noch zustimmen.

Nach heutigem Planungsstand kostet das Kraftwerk mit seinen beiden Blöcken insgesamt 1,3 Mrd E. In Betrieb gehen soll es im Zeitraum 2011/2012.

**Viele Anlagen erreichen das Ende ihrer Laufzeit**

Bei den deutschen Energiekonzernen besteht allgemein ein großer Bedarf zur Erneuerung und Modernisierung von Kraftwerken. Viele Anlagen erreichen das Ende ihrer Laufzeit und müssen ersetzt werden. Der Bedarf wird auf 20 neue Kraftwerksblöcke geschätzt. Allein in den nächsten 5 Jahren will die Branche 20 Mrd E in neue Anlagen oder die Aufrüstung bestehender Betriebe und die Modernisierung der Netze stecken. Der beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft, an dem die kommende Bundesregierung nicht rütteln will, verstärkt nach 2010 den Bedarf an Ersatzkapazitäten noch.

Speziell der RWE-Konzern hat konkrete Investitionen angekündigt. Gefallen ist bereits die Grundsatzentscheidung für den Bau und Betrieb eines neuen Braunkohlenkraftwerks in Neurath im rheinischen Revier, das 2,2 Mrd E kosten wird. Weiterhin investiert der Konzern 150 Mio E in Gas-Vorschaltturbinen am Kraftwerksstandort Weisweiler. Damit

soll der Wirkungsgrad der Braunkohleverstromung noch gesteigert und der eingesetzte Brennstoff besser ausgenutzt werden.

Auch der RWE-Konkurrent EON hat weit reichende Pläne zur Erneuerung seines Kraftwerkparcs. Hierfür sollen in den nächsten 3 Jahren fast 6 Mrd E ausgegeben werden. Im Ruhrgebiet plant der Konzern ein 1000-Megawatt-Kraftwerk in Datteln. Die RAG-Tochter Steag hat zudem den Startschuss für eine 750 Megawatt-Anlage in Duisburg-Walsum gegeben.

Das neue RWE-Kraftwerk Hamm am Standort Westfalen wird dort schon seit mehr als 40 Jahre arbeitende Blöcke ersetzen. Durch moderne Technologien wird die Anlage einen Wirkungsgrad von bis zu 46% erreichen. Das ermöglicht nach RWE-Angaben eine optimale Nutzung der eingesetzten Steinkohle und vermindert den Ausstoß des Klimagases CO<sub>2</sub> im Vergleich zu den Altanlagen. (hwb/NRZ)

Rheinische Post Samstag 19.11.2005

WIRTSCHAFT

## RWE: Milliarden für Hamm

**Der Energiekonzern will sein Steinkohle-Kraftwerk Westfalen modernisieren. 1,3 Milliarden Euro haben die Essener dafür veranschlagt. Das Ziel: mehr Effizienz, weniger Emissionen.**

VON ANNETT URBACZKA

DÜSSELDORF Das Kraftwerks-Erneuerungsprogramm von RWE bekommt langsam Kontur. Als nächstes soll die Steinkohle-Anlage in Hamm modernisiert werden. 1,3 Milliarden Euro veranschlagt RWE dafür; federführend ist die Tochter RWE Power, bei der der Energieriese die Aufgaben der Erzeugung gebündelt hat. Die will im nächsten Jahr, nach der europaweiten Ausschreibung der Bauplanung, den entsprechenden Genehmigungsantrag beim zuständigen Regierungspräsidenten in Arnsberg stellen. Läuft alles wie derzeit geplant, soll der Doppelblock am Standort Westfalen 2011 oder 2012 ans Stromnetz gehen.

Dann wird in Hamm eine leistungsstärkere, aber umweltschonendere Anlage stehen. Derzeit produzieren zwei Blöcke jeweils 150 Megawatt und ein dritter Block 300 Megawatt. In Zukunft erzeugt ein Doppelblock jeweils 1500 Megawatt Strom aus Steinkohle. Laut RWE soll nach heutigem Stand der Technik der Wirkungsgrad - also das Verhältnis zwischen eingesetzter Energiemenge im Rohstoff Kohle zum Energiegehalt der produzierten Strommenge - bei 46 Grad liegen. Die alten Blöcke bringen es nur auf 38 Prozent.

Auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll verringert werden. Ein gutes Fünftel weniger als heute, so das Versprechen, und zwar im direkten Vergleich zwischen der alten 600-Megawatt-Anlage zur neuen 1500-Megawatt-Anlage. Das Thema Emissionen nutzt RWE aber auch in diesem Fall, um einen Vorbehalt für die Investitionsentscheidung zu formulieren: Gebaut werde nur, wenn im zweiten Nationalen Allokationsplan (der für 2008 bis 2012 die CO<sub>2</sub>-Zertifikate auf die deutschen Industrie- und Energienanlagen verteilt) die „4 + 14-Regel“ bestehen bleibe - wenn also die heute Hamm zugeteilten Zertifikate 14 Jahre lang auf die neue Anlage übertragen werden dürften. Will sagen: Wenn RWE dann Geld verdienen kann im Handel mit den eingesparten Zertifikaten; schließlich soll der neue Doppelblock 20 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Dieser Profit aus Zertifikaten, die Unternehmen nach dem Neu- oder Einbau umweltschonender Anlagen einsparen können, ist die zentrale Anreiz-Idee im Gesetz zum Emissionshandel. Bislang gilt es aber als sicher, dass die „4 + 14“-Regel Bestand haben wird.

Bis 2020 will der Essener Energiekonzern in Deutschland 12 Milliarden Euro ausgeben, um für neue Kraftwerke zu bauen oder aber die Energieeffizienz und Umweltbilanz bestehender Anlagen zu verbessern. Die erhöhte Stromproduktion der neuen Kraftwerke soll aber auch die Produktionsmengen ersetzen, die durch den geplanten Atomausstieg wegfallen.

**INFO Meilenstein in Neurath** Auch in den Standort Neurath investiert RWE: Dort entsteht für 2,2 Milliarden Euro die BoA II, das modernste Braunkohle-Kraftwerk der Welt. Diese Investitionsentscheidung fiel im September.

Financial Times Deutschland

12.11.2005

STICHWORT:

## Koalition will mehr Wettbewerb bei Strom und Gas

**Die Beherrschung des deutschen Strom- und Gasmärkte durch wenige Konzerne soll nach dem Willen der großen Koalition unter anderem durch eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs aufgebrochen werden. Ziel sei die Begrenzung des Energiepreisanstiegs.**

"Mehr Wettbewerb bei der Versorgung mit Strom und Gas ist unser Ziel", heißt es in dem am Samstag veröffentlichten Koalitionsvertrag. Darin wird zudem auf unterschiedliche Positionen von SPD und Union zur Kernenergie verwiesen. Damit bleibt es bei den Gesetzesregelungen zum Atomausstieg. Zur Frage der Endlagerung von Atommüll heißt es: "Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen." In der Vereinbarung wird ein Ende der Subventionen für die deutsche Steinkohle nach 2008 angedeutet. "Für die Zeit

danach gibt es keine Rechtsansprüche." Entlassungen sollen aber durch sozialverträgliche Lösungen vermieden werden. Der Börsengang der zentralen deutschen Bergbaugesellschaft RAG wird als gute Möglichkeit bewertet, "die Chancen für die weitere Entwicklung des RAG-Konzerns eröffnen kann.

Im Interesse einer preisgünstigen Energieversorgung soll dem Koalitionsvertrag zufolge die Ökosteuer nicht weiter erhöht werden. Die geltenden Ausnahmeregelungen davon für die Industrie bleiben erhalten. Um den Preisanstieg bei Strom und Gas zu begrenzen, will die neue Regierung "die Auswirkungen der Anreizregulierung aufmerksam begleiten" und die zuständigen Behörden darin unterstützen, "ihre kartellrechtlichen Möglichkeiten vollständig auszuschöpfen". Dabei sollen die verschärften Instrumente des neuen Energierechts wie Kontrollen, Preisfestlegung für Netzentgelte und Entflechtung der Netze durch die Regulierungsbehörde bei der Bemessung der Durchleitungsgebühren für die Nutzung von Gas- und Stromleitungen konsequent angewandt werden.

Die neue Koalition bekennt sich zur Bedeutung der erneuerbaren Energien und plädiert "für einen ökonomisch vernünftigen Ausbau". Ihr Anteil an der Stromerzeugung soll bis 2010 auf mindestens 12,5 Prozent und bis 2020 auf mindestens 20 Prozent steigen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll in seiner Grundstruktur erhalten bleiben. Seine wirtschaftliche Effizienz der darin geregelten Vergütungen aber bis 2007 überprüft und angepasst. Bei der Windkraft will sich die Regierung auf die Modernisierung alter Anlagen sowie die Offshore-Windenergie konzentrieren. Auch die Fördersystematik im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK) soll überprüft werden.

NRZ

Mittwoch 16.11.2005

## **Stromversorger starten 80-Milliarden-Investitionsprogramm**

**Berlin (dpa) - Trotz gigantischer Investitionspläne für mehr Energieeffizienz sehen die deutschen Stromversorger vorerst kaum Möglichkeiten die hohen Strompreise zu stoppen.**

Den letzten Baustein für die Verteuerung liefere die im Koalitionsvertrag von Union und SPD für 2007 geplante Mehrwertsteuer-Erhöhung von 16 auf 19 Prozent, monierte der Präsident des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Werner Brinker, in Berlin. Zugleich kündigte er ein Investitionsvolumen von 80 Milliarden Euro bis 2020 an: Je 40 Milliarden davon sollten in die Modernisierung des veralteten Kraftwerkparks und den Ausbau der Stromnetze fließen. Bis 2020 seien 40 000 Megawatt Kraftwerks-Leistung meist älterer Kohlekraftwerke - etwa 40 Prozent der Gesamtleistung - durch Neuanlagen zu ersetzen.

Brinker kritisierte den Verzicht auf die Verlängerung der bis 2021 ausgehandelten Laufzeiten für Atomkraftwerke. Damit haben die großen Stromkonzerne ihr Angebot an die große Koalition zurückgezogen, einen »substantziellen Beitrag« in einen gemeinsamen Energieforschungs-Fonds einzuzahlen. Es bleibe damit bei getrennten Forschungsentwicklungen der Konzerne, sagte der Strommanager. AKW-Gegner und Teile der Regierung hatten die Befürchtung geäußert, die Stromkonzerne könnten bei einer Laufzeiten-Verlängerung die dringlichen Modernisierungen abbremsen.

Der VDEW begrüßt, dass die große Koalition selbst die Kraftwerksentwicklung fördern wolle. Mit 4,2 Milliarden Investitionen in diesem Jahr beginne eine »Investitionswelle, die verstärkt in der zweiten Hälfte der Dekade zum Tragen kommen wird«, sagte Brinker. »Die 900 Stromunternehmen werden einen Modernisierungsschub für Kraftwerke und Netze auslösen, der Effizienzgewinn schafft, die Umwelt entlastet und Arbeitsplätze sichert.« Ein wichtiges Ziel ist dabei, den Kohlendioxidausstoß alter Kohlekraftwerke drastisch zu senken.

Eine Vorhersage für die weitere Strompreisentwicklung im Jahr 2006 wollte Brinker nicht abgeben. »Es gibt nicht mehr den Strompreis«, betonte er unter Hinweis auf die von internationalen Märkten abhängigen Börsenentwicklungen. Die Abhängigkeit reiche von teuren Brennstoff-Importen bis hin zu Preisen in Spanien, wenn dort die Staudämme zu stark entleert seien und damit die Wasserkraftwerke austrockneten. Die künftige Bundesregierung dürfe der Branche nicht weitere Sonderlasten aufbürden, sondern müsse ein abgestimmtes EU-Energiekonzept vorlegen.

Zugleich fordern die Energieversorger, die Zuteilung der Kohlendioxid-Zertifikate für den Emissionshandel der Phase 2008 bis 2012 erneut gemäß Anlagekapazitäten der Firmen vorzunehmen. Der neue Zuteilungsplan muss Mitte 2006 aufgestellt werden. Unter anderem wird gefordert, schon erlangte Emissionsberechtigungen in die Folgeperiode übertragen zu dürfen. Zur Einhaltung des Klimaschutzes verlangt der VDEW die Einbeziehung der USA und Chinas ins Kyoto-Protokoll.

Brinker bestätigte, dass es Überlegungen der Branche gibt, möglichst viele der energiewirtschaftlichen Verbände künftig in einer Organisation zu bündeln. Darüber müsse aber zwischen den Verbänden erst noch geredet werden, sagte er zu einem Positionspapier, über das die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtete. Ziele sind, Kosten einzusparen und möglichst mit einer Stimme zu sprechen.

15.11.2005 dpa

Die Welt

16.11.2005

## **RWE bleibt bei Strompreiserhöhung**

**Entscheidung über Anhebung der Gasstarife noch nicht gefallen - Aktienkurs sinkt nach enttäuschendem Ausblick**

Essen - Der Versorgungskonzern RWE hat im bisherigen Jahresverlauf kräftig verdient und plant zum Jahreswechsel die nächste Strompreiserhöhung. Über die Höhe der Anpassung machte der Essener Konzern keine Angaben. Während die Anträge zur Strompreisanhebung für Haushaltskunden bereits gestellt sind, will RWE beim Gas noch

überlegen. Das sei auch abhängig von der Preisgestaltung der Gasproduzenten, sagte Finanzchef Klaus Sturany bei der Vorlage der Neunmonats-Zahlen in Essen.

Die stark gestiegenen Energiepreise begründete der Konzern mit höheren Beschaffungskosten unter anderem für Kohle. Der Strompreis sei in Deutschland im ersten Halbjahr aber schwächer gestiegen als in anderen europäischen Ländern mit liberalisierten Märkten, betonte Sturany. Den Zuwachs beim Betriebsgewinn von 4,46 auf 4,66 Mrd. Euro erklärte Vorstandschef Harry Roels mit den höheren Erlösen aus der Stromerzeugung und dem Strom- und Gasverkauf. Der Niederländer bestätigte zudem die Prognose für das Gesamtjahr: RWE erwartet einen Überschuß im einstelligen Prozentbereich.

RWE will sich künftig auf das Gas- und Stromgeschäft konzentrieren. Wegen der Trennung von Tochtergesellschaften soll der Umsatz mit rund 41 Mrd. Euro leicht unter das Vorjahresniveau von 42 Mrd. Euro sinken. Der Verkauf der Beteiligungen, etwa der Industriekundensparte RWE Solutions und dem Druckmaschinenhersteller Heidelberger Druck, schlug sich bereits in den Quartalszahlen nieder: So sank der Umsatz in den ersten drei Quartalen von 29,95 auf 29,41 Mrd. Euro, während der Überschuß um 90 Mio. auf 1,7 Mrd. Euro zulegte.

RWE hatte sich in den vergangenen Quartalen von umfangreichen Beteiligungen, wie etwa den Anteilen am Baukonzern Hochtief, getrennt. Im Zuge der Konzentration veräußerten die Essener auch ihre Umweltsparte mit dem Kern Entsorgung und stellten das Wassergeschäft in Großbritannien und den USA zur Disposition.

Fortschritte machte RWE beim Abbau der Schulden, die in den ersten neun Monaten von 12,4 Mrd. Euro auf 10,8 Mrd. Euro sanken. Dazu trug nach Darstellung von Sturany unter anderem der Verkauf von Beteiligungen bei. Der Schuldenstand soll sich aber zum Jahresende wieder leicht erhöhen, da RWE weiter kräftig investieren werde.

Der Geschäftsbericht kündigt "umfangreiche Investitionen" im vierten Quartal des Geschäftsjahres an, nennt aber keine weiteren Details. Anfang November hatte RWE den Kauf eines modernen Gas- und Dampfturbinenkraftwerks für 230 Mio. Euro in Großbritannien bekanntgegeben. Größere Akquisitionen soll es bis Jahresende nicht geben, hieß es.

Die Aktie der RWE gab nach Bekanntgabe der Neunmonatszahlen deutlich nach. Analysten erklärten dies mit der Ankündigung des Konzerns, Kraftwerke, darunter den Atomreaktor Biblis B, länger als geplant zu Wartungszwecken stillzulegen. Außerdem kam es zu Gewinnmitnahmen, nachdem die RWE-Aktie am Vortag nach sieben Jahren erstmals wieder ihre Bestmarke von 57 Euro übertroffen hatte. Analysten äußerten sich enttäuscht darüber, daß RWE die Gewinnprognose im einstelligen Prozentbereich für das Jahr 2005 nicht angehoben hatte. *dgw/dpa*

Südwestpresse

16.11.2005

PRESSEMAPPE

## Südwest Presse: Kommentar zum Strompreis

Ulm (ots) - Geld macht sinnlich, weiß der Volksmund. Geld macht aber auch gierig, wie der größte deutsche Stromproduzent RWE vor Augen führt: Die Preise für elektrische Energie sollen weiter steigen, obwohl die Essener ihre Gewinne im Stromgeschäft bereits kräftig nach oben treiben konnten.

Nicht nur deswegen grenzt die Ankündigung, zum Jahreswechsel erneut zulangem zu wollen, ans Dreiste. Dies ist es vor allem auch wegen der gänzlich inakzeptablen Begründung, die man sich in Essen gezimmert hat. Da wird über steigende Energiekosten schwadroniert, die es auch gibt - nicht nur bei Erdöl oder Erdgas, auch bei der Importkohle sind ordentliche Preissprünge zu verzeichnen. Nur, auf all diese Primär-Energieträger greift der Ruhrgebiets-Monopolist überhaupt nicht zurück. Er verfeuert in seinen Kraftwerken überwiegend heimische Kohle - zum größten Teil gefördert von seiner Tochter Rheinbraun. Den Rest steuern Uranbrennstäbe bei, beispielsweise in den Atommeilern Gundremmingen und Biblis, an denen RWE beteiligt ist.

Es wird höchste Zeit, dass die Öffentlichkeit auch den Strombossen auf die Finger schauen kann. Die Offenlegung der Preiskalkulationen, die sich beim Gas gerade Bahn bricht, muss auch beim Strom kommen. Es kann nicht sein, dass die Verbraucher länger unter Verweis auf Schauermärchen abgezockt werden.

Handelsblatt

16.11.2005

**Verband der Elektrizitätswirtschaft prognostiziert für dieses Jahr acht Prozent Plus**

## Stromkonzerne investieren Milliarden in Infrastruktur

**Deutschlands Strombranche startet ein milliardenschweres Investitionsprogramm, um Kraftwerke und Netze zu modernisieren. „Im Jahr 2005 werden die Investitionen der Stromwirtschaft erstmals wieder die Vier-Milliarden-Grenze überschreiten“, sagte der Präsident des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Werner Brinker, am Dienstag. Nach Verbandsschätzungen wird die Branche 4,2 Mrd. Euro investieren – acht Prozent mehr als im Vorjahr.**

DÜSSELDORF. „Es beginnt eine Investitionswelle, die einen Modernisierungsschub für Kraftwerke und Netze auslösen wird“, so Brinker. Er bekräftigte frühere Prognosen des Verbandes, nach denen die Stromunternehmen bis 2020 rund 80 Mrd. Euro in Kraftwerke und Netze investieren werden. In diesem Zeitraum müsse die Branche rund

40 000 Megawatt durch neue Kraftwerke ersetzen. Dies entspräche rund einem Drittel der derzeitigen Kapazitäten und erfordere Investitionen von rund 40 Mrd. Euro. Derselbe Betrag werde in den Netz-Ausbau fließen.

Die Prognose des Verbandes deckt sich mit Aussagen der großen Versorger. Die Branche muss zum einen neue Leitungen verlegen, um beispielsweise neue Windparks vor der Küste anzubinden. Zum anderen muss sie neue Kraftwerke bauen, um alte Kohleanlagen zu ersetzen und den politisch gewollten Atomausstieg zu kompensieren. Entgegen den Hoffnungen der Branche wird auch die neue Bundesregierung am Ausstiegsbeschluss in der vereinbarten Form festhalten. Bis 2012 planten die Versorger bereits Kraftwerke mit einer Leistung von 15 000 Megawatt, so Brinker. Hinzu kämen Projekte von Ökostrom-Erzeugern und Industriekonzerne.

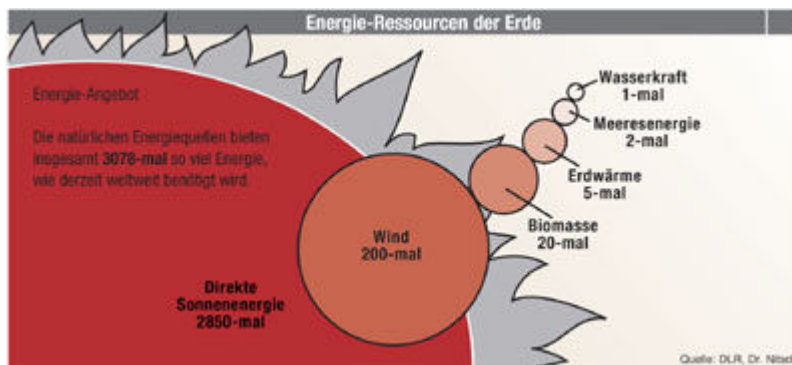
Die vier großen Versorger haben erste Projekte identifiziert. RWE will ein Braunkohle-, ein Steinkohle- und ein Gaskraftwerk bauen. Eon plant je ein Gas- und Steinkohlekraftwerk, Vattenfall Europe eine Braun- und eine Steinkohleanlage und Energie Baden-Württemberg (EnBW) zwei Kraftwerke, deren Brennstoff noch offen ist.

## Weiter auf der Sonnenseite

### Solarenergie bleibt Wunschenergieträger Nummer eins und ist damit auch künftig eine der großen Wachstumsbranchen innerhalb der deutschen High-Tech-Landschaft.

Kaum eine Branche wartete so gespannt auf die Ergebnisse der Bundestagswahl wie die der erneuerbaren Energien. Große Erleichterung war spürbar, als sich abzeichnete, dass es keine regierungsfähige Mehrheit von Union und FDP geben würde. Obwohl noch keine offiziellen Auskünfte zur Energiepolitik der voraussichtlich entstehenden großen Koalition existieren – die Förderung der erneuerbaren Energien im Allgemeinen und der Solarwirtschaft im Speziellen wird weiter fortgeführt. Dies bestätigt Bernd Schüßler, Pressesprecher der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft (UVS): „Auch bei einer neuen Regierungskonstellation erwarten wir keinen grundlegenden Kurswechsel. Solarenergie ist Wunschenergieträger Nummer eins nahezu aller Deutschen. Es herrscht ein breiter politischer Konsens darüber, dass wir uns im harten internationalen Wettbewerb um einen der größten Zukunftsmärkte keinen Fadenriss leisten können.“ Auch Frank Asbeck, Vorstandsvorsitzender der SolarWorld AG, ist dieser Meinung: „Wir erwarten keine Änderung am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vor der Überprüfung, die frühestens 2008 erfolgt.“ Das EEG entpuppte sich, wie auch die Solartechnologie made in Germany, als Exportschlager und wurde mittlerweile von vielen Ländern übernommen.

Eine Fortsetzung der konsequenten Förderung bedeutet Planungs- und vor allem Investitionssicherheit für einen ganzen Wirtschaftszweig. Im vergangenen Jahr hat sich der weltweite Fotovoltaikmarkt nahezu verdoppelt. Der besonders dynamisch wachsende deutsche Markt überflügelte sogar erstmals den traditionellen Solarprimus Japan. In der Bundesrepublik wurden allein in 2004 Solarenergieanlagen mit einer Leistungskapazität von rund 340 Megawattpeak (MWp) installiert.



Ausreichend Die Grafik verdeutlicht den Umfang der erneuerbaren Energiereserven, die der Menschheit momentan zur Verfügung stehen. Theoretisch könnte schon heute auf fossile Energieträger verzichtet werden.

Innerhalb weniger Jahre hat sich die noch recht junge Solarindustrie zu einem der führenden Wachstumsmärkte und zu einem ernst zu nehmenden Wirtschaftsfaktor in Deutschland entwickelt. Im letzten Jahr wurden 1,6 Milliarden Euro umgesetzt. Aktuell beschäftigt die Branche rund 30.000 Arbeitnehmer. Der noch amtierende Bundesumweltminister Jürgen Trittin ist sich der Bedeutung der Solarindustrie auch als Jobmotor sehr bewusst: „Qualifizierte und motivierte Mitarbeiter sind in einem High-Tech-Industriezweig beschäftigt. Allein im Jahr 2004 sind 5.000 neue Arbeitsplätze in Produktion, Handel und Vertrieb von Fotovoltaikanlagen neu entstanden.“

Noch vor zehn Jahren wurden Solarunternehmer bestenfalls milde als Idealisten ohne ökonomisches Potenzial belächelt. Doch aller frühen Skepsis zum Trotz: Die Solarwirtschaft ist eine Hochtechnologiebranche, besticht durch ein außergewöhnlich starkes Wachstum und verfügt über hervorragende Zukunftsperspektiven. Gespeist wird diese Zuversicht nicht nur vom EEG, sondern auch von der Begrenztheit und den stetig steigenden Preisen der fossilen Energieträger Kohle und Erdöl. „Die Verknappung der fossilen Energieträger wird Solarenergie immer attraktiver machen. So wird mit steigenden Preisen für Öl und Gas Solarwärme immer wirtschaftlicher und steht heute schon an

der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit“, sagt Schüßler voraus. Nicht zuletzt die Ölpreis-Rallye der vergangenen Monate und die damit verbundene Verteuerung von Benzin und Heizöl hat auch die breite Öffentlichkeit für Fragen der Energiewirtschaft sensibilisiert. Auch die Anleger an der Börse interessieren sich plötzlich für die Solarbranche. Galt die SolarWorld AG lange Zeit als Exot auf dem Börsenparkett, so bekommt sie nun zahlreiche Gesellschaften von deutschen Solarunternehmen. In den vergangenen Monaten jagte ein Börsengang den nächsten.

Die Wertpapiere von Unternehmen wie der Q-Cells AG, der Centrosolar AG und der Sunline AG (IPO im Oktober), der ErSol Solar Energy AG (September) oder der Conergy AG (März) waren vor dem offiziellen Handelsbeginn mehrfach überzeichnet und starteten an der Börse deutlich über dem Emissionspreis. Weitere Unternehmen wie die Solarwatt AG oder die PV Crystalox Solar AG stehen in den Startlöchern. Manche Analysten wittern bereits eine mögliche Marktüberhitzung und fühlen sich an den verhängnisvollen Hype des Neuen Marktes erinnert. Hier widerspricht UVS-Pressesprecher Schüßler vehement: „Im Unterschied zu vielen Firmen des Neuen Marktes machen die deutschen Solarunternehmen schon hohe Umsätze und entsprechende Gewinne – mit steigender Tendenz.“ Das Wachstum geht so weit, dass es Engpässe beim Silizium gibt, dem Rohstoff für den Großteil aller Solarzellen. Dabei handelt es sich laut Carsten Körnig, Geschäftsführer der UVS, um vorübergehende Lieferschwierigkeiten, die nach einer Ausweitung der Produktionskapazitäten in ein bis zwei Jahren behoben seien. Fest steht aber auch, dass die momentanen Siliziumengpässe den Aufwind der Branche limitieren. „Das Wachstum wird zwar durch den Rohstoff Silizium gebremst, aber unserer Ansicht nach trotzdem bei über 25 Prozent per annum liegen“, prognostiziert Frank Asbeck. Im Vorteil sind jedenfalls Unternehmen, die über langfristige Verträge mit den Rohstofflieferanten verfügen oder den gesamten solaren Wertschöpfungsprozess selbst abwickeln, das heißt vom Rohstoff über den Wafer, die Zelle, das Modul bis hin zur schlüsselfertigen Solarstromanlage.

Bei der Erfolgsstory Solarenergie denkt man zunächst immer an Fotovoltaikanlagen, mit deren Hilfe aus der Sonnenenergie Strom gewonnen wird. Das zweite Standbein der Solarwirtschaft, die Solarthermie, führt trotz eines Jahresumsatzes von 600 Millionen Euro (2004) ein Schattendasein.

Raoul von der Heydt, Vorstand der Phönix Sonnenwärme AG, nennt einige Gründe für die mangelnde öffentliche Wahrnehmung: „Die solare Wärmeerzeugung hat zu Unrecht den Ruf, technologisch nicht anspruchsvoll zu sein. Mit der Fotovoltaik wird hingegen Weltraumforschung und Hightech assoziiert. Darüber hinaus ist die Branche nicht an der Börse präsent, während einige Fotovoltaik-Unternehmen auf dem Parkett für Furore sorgten.“ Der wichtigste Grund ist sicher das Fehlen eines EEG-ähnlichen Gesetzes für die Solarthermie.

„Während die Stromgewinnung aus der Sonne für Hausbesitzer eine ökonomisch reizvolle Investition ist, spart man bei der Sonnenwärme „nur“ Geld“, erklärt von der Heydt. Diese Disbalance zu beseitigen ist vor allem eine Aufgabe der Politik, wie Bernd Schüßler von der UVS deutlich macht: „Wir erwarten von einer neuen Bundesregierung ein Wärme-EEG oder besser noch eine Nutzungspflicht nach dem Vorbild von Katalysator und Wärmeschutz.“ Die Sonnenwärme verfügt über ein riesiges Nutzungspotenzial und arbeitet schon heute vielerorts wirtschaftlich. Und die Nachfrage sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern steigt stetig an, wie von der Heydt anhand der Auftragslage der Phönix Sonnenwärme AG bestätigen kann: „Wir erleben seit dem Beginn der Hurrikan-Saison und der dadurch verursachten Diskussion über die Versorgungssicherheit der globalen Energieversorgung einen massiven Anstieg der Nachfrage nicht nur in Deutschland, sondern auch in unseren Exportmärkten Frankreich, Spanien und Italien.“ Die Wärmeerzeugung aus fossilen Energieträgern ist für mehr als die Hälfte der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Daher macht die Nutzung der Solarthermie nicht nur unabhängig von den immer teurer werdenden Brennstoffen Kohle, Öl und Gas, sondern reduziert mittelfristig auch die globale Erderwärmung. Die Kombination aus sehr guten Wachstumsprognosen und dem Einsatz von innovativen, umweltschonenden Technologien macht die Solarwirtschaft zu einer sehr interessanten Branche für potenzielle Investoren.

Dieser steigenden Nachfrage folgend haben der Indexanbieter Stoxx, die Société Générale und der Schweizer Vermögens-verwalter Sustainable Asset Management (SAM) am 13. Oktober den ersten repräsentativen Branchenindex für Aktien aus dem Bereich der regenerativen Energien lanciert, den European Renewable Energy Index (Erix). „Der Erix umfasst die zehn europäischen Unternehmen mit der größten Marktkapitalisierung nach Streubesitz, deren Geschäftsfeld in mindestens einem der Zukunftsbereiche erneuerbarer Energien liegt – aktuell sind das Bioenergie, Solarenergie, Wasserkraft und Windenergie. Über ein von uns aufgelegtes Index-Zertifikat (WKN: SG1ERX), das die Entwicklung des Index nachvollzieht, ist es für Anleger zum ersten Mal in Deutschland möglich, einfach und transparent in diesen Bereich zu investieren“, erklärt Sebastian Bleser, Derivate-Experte bei der Société Générale. Im Erix sind unter anderem Windenergieanbieter wie Vestas und Gamesa sowie Solaranbieter wie Conergy, SolarWorld und Q-Cells gelistet. Einen ähnlichen Index gibt es bislang nur für die Solarwirtschaft. Der internationale Photon Photovoltaik-Aktien Index (PPVX) umfasst 24 Titel aus dem Solarenergiesektor, darunter zwölf aus Deutschland.

*Autor: Kai Dahlke*

## Was steht in Deutschland im Koalitionsvertrag zum Thema Energie?

### Der Koalitionsvertrag ist unter Dach und Fach, hier einmal die Auszüge zum Bereich Energie

Besondere Absätze für den Bereich Erneuerbare Energien, Solarenergie sind hervorgehoben. Den kompletten Koalitionsvertrag liegt jeweils auf den Internetseiten der Koalitionäre CDU und SPD. Prinzipiell sind alle hier aufgezählten Vereinbarungen wichtig, geben sie die Eckpunkte einer zukünftigen Energiepolitik in Deutschland vor.

#### 5. Energie 5.1 Energiepreisanstieg begrenzen, Wettbewerb entfachen

Energiepolitik ist grundlegende Wirtschafts-, Struktur- und Klimapolitik. Eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Versorgung mit Energie ist elementare Voraussetzung einer modernen und leistungsfähigen Volkswirtschaft. Sie ist eng verzahnt mit Industrie-, Technologie-, Mittelstands- und Außenwirtschaftspolitik. Deutschland braucht daher ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das eine Vorsorgestrategie im Hinblick auf weltweit knapper werdende fossile Ressourcen beinhaltet. Ein tragfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept muss einen ausgewogenen Energiemix zugrunde legen. Zwischen CDU, CSU und SPD bestehen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb kann die am 14. Juni 2000 zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung und können die darin enthaltenen Verfahren sowie für die dazu in der Novelle des Atomgesetzes getroffene Regelung nicht geändert werden. Der sichere Betrieb der Kernkraftwerke hat für CDU, CSU und SPD höchste Priorität. In diesem Zusammenhang werden wir die Forschung zum sicheren Betrieb von Kernkraftwerken fortsetzen und ausbauen. CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen. In der Atomaufsicht wirken Bund und Länder vertrauensvoll zusammen.

Wichtiger Baustein einer schlüssigen Energiepolitik ist die Intensivierung und Ausweitung der Energieforschung bei erweiterter Mittelausstattung. Wir wollen Innovation und technologische Entwicklung im Energiesektor vorantreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken, moderne Energietechnologien schneller auf den Markt zu bringen, und Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Mit dem deutschen Steinkohlebergbau, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland werden wir die Zukunft des subventionierten Bergbaus abstimmen. Die bis 2008 erteilten Zuwendungsbescheide an die RAG AG sind rechtsverbindlich. Für die Zeit danach gibt es keine Rechtsansprüche. Es müssen weitere Einsparungen gegenüber den bisherigen Verabredungen geprüft werden, ohne den Weg der sozialverträglichen Anpassung zu verlassen. Freisetzungen in die Arbeitslosigkeit sollen vermieden werden. Mit den gegebenenfalls eingesparten Mitteln soll der Strukturwandel in den Bergbauregionen vorangetrieben werden. Der Börsengang der RAG ist eine gute Möglichkeit, die Chancen für die weitere Entwicklung des RAG Konzerns eröffnen kann. Um zu einer kalkulierbaren und fairen Verteilung der Chancen und Risiken zu kommen, muss als erster Schritt eine belastbare Erhebung der Altlasten stattfinden, da diese nicht als Haushaltsrisiken verbleiben dürfen. Wir werden mit den Beteiligten Anfang 2006 Verhandlungen aufnehmen

#### 5.2 Erneuerbare Energien

Ein wichtiges Element unserer Klimaschutz- und Energiepolitik ist der ökologisch und ökonomisch vernünftige Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir werden daher ambitionierte Ziele für den weiteren Ausbau in Deutschland verfolgen, unter anderem - den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2010 auf mindestens 12,5% und bis 2020 auf mindestens 20% steigern, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2010 auf 4,2%, bis 2020 auf 10% und danach kontinuierlich entsprechend der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu steigern, den Biomasseanteil am Primärenergieverbrauch mittelfristig deutlich steigern; das EEG in seiner Grundstruktur fortführen, zugleich aber die wirtschaftliche Effizienz der einzelnen Vergütungen bis 2007 überprüfen. Dabei werden wir die Vergütungssätze, Degressionsschritte und Förderzeiträume an die Entwicklungsschritte der einzelnen erneuerbaren Energien anpassen und gegebenenfalls neue Schwerpunkte setzen; uns auf die Erneuerung alter Windanlagen (Repowering) und die Offshore-Windstromerzeugung konzentrieren und dafür die Rahmenbedingungen (zum Beispiel Ausbau der Stromnetze) verbessern; die Marktpotentiale erneuerbarer Energien im Wärmebereich durch die Fortführung des Marktanreizprogramms im bisherigen Umfang sowie durch weitere Instrumente, wie zum Beispiel ein regeneratives Wärmenutzungsgesetz, besser erschließen; die EEG-Härtefallregelung unverzüglich so umgestalten, dass die stromintensive Industrie eine verlässlich kalkulierbare Grundlage (Aufhebung des 10%-Deckels) erhält und ihre wirtschaftliche Belastung auf 0,05 Cent pro kWh begrenzt wird; die Berechnungsmethode zur EEG-Umlage transparent und verbindlich so gestalten, dass die Energieverbraucher nur mit den tatsächlichen Kosten der EEG-Stromeinspeisung belastet werden; die internationalen Aktivitäten zum Ausbau der erneuerbaren Energien fortführen und die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) initiieren; die Exportinitiative für erneuerbare Energien intensivieren.

#### 5.3 Biokraftstoffe und nachwachsende Rohstoffe

Kraftstoffe und Rohstoffe aus Biomasse können einen wichtigen Beitrag zur Energie und Rohstoffversorgung und zum Klimaschutz leisten. Wir werden daher die Kraftstoffstrategie mit dem Ziel weiterentwickeln, den Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Kraftstoffverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 5,75% zu steigern; die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe wird ersetzt durch eine Beimischungspflicht; die Markteinführung der synthetischen Biokraftstoffe (BTL) mit der Wirtschaft durch Errichtung und Betrieb von Anlagen im industriellen Maßstab vorantreiben; Forschung, Entwicklung und Markteinführung nachwachsender Rohstoffe mit der Wirtschaft voranbringen.

#### 5.4 Energieeffizienz

In der Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Geräten, Fahrzeugen, Kraftwerken und Industrieanlagen steckt ein riesiges Potenzial zur wirtschaftlichen Einsparung von Energie. Wir werden daher die Energieeffizienz der Volkswirtschaft konsequent mit dem Ziel steigern, bis 2020 eine Verdopplung der Energieproduktivität gegenüber 1990 zu erreichen; das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm auf ein Fördervolumen von mind. 1,5 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen, seine Wirksamkeit und Attraktivität entscheidend verbessern (zum Beispiel durch Umstellung auf Investitionszuschüsse, steuerliche Erleichterungen sowie Einbeziehung des Mietwohnungsbaus) und zusätzlich einen Gebäudeenergiepass einführen. Unser Ziel ist es, dass dadurch jedes Jahr 5% des Gebäudebestands vor Baujahr 1978 energetisch saniert werden; die Modernisierung des Kraftwerksparks vorantreiben und den Ausbau von dezentralen Kraftwerken und hocheffizienten KWK-Anlagen fördern; Wir werden die Fördersystematik des KWK-Gesetzes auf der Grundlage des kurzfristig vorzulegenden Monitoringberichtes überprüfen, die europäischen Initiativen zur Verbesserung der Energieeffizienz unterstützen und auf ein europäisches Top-Runner-Programm hinwirken; die dena-Initiativen zur Energieeinsparung in den Bereichen Gebäude, Stromverbrauch (zum Beispiel stand-by) und Verkehr fortführen und verstärken.

## **5.5 Innovationsoffensive „Energie für Deutschland“**

Mit einer Innovationsinitiative „Energie für Deutschland“ wollen wir bei modernen Energietechnologien Weltspitze bleiben. Deshalb brauchen wir eine Energieforschung, die der Dimension der Aufgabe gerecht wird. Wir werden daher die Ausgaben für die Energieforschung schrittweise zu verstärken. Davon sollen Erneuerbare Energien und Biomasse, Effizienztechnologien bei der Nachfrage (Industrie, Produkte, Verkehr, Gebäude), zentrale und dezentrale Effizienztechnologien bei der Energieerzeugung (einschließlich Speichertechnologien) und ein nationales Innovationsprogramm zu Wasserstofftechnologien (einschließlich Brennstoffzellen) gefördert werden; mit der Wirtschaft vereinbaren, dass sie ebenfalls zusätzliche Mittel in Forschung und Markteinführung von Energietechnologien investiert. Mehr Wettbewerb bei der Versorgung mit Strom und Gas ist unser Ziel. Dafür werden wir die Auswirkungen der Anreizregulierung aufmerksam begleiten und die zuständigen Behörden darin unterstützen, ihre kartellrechtlichen Möglichkeiten vollständig auszuschöpfen. Die Instrumente des neuen Energiewirtschaftsrechts (im Hinblick auf Kontrolle, Preisfestlegung der Netzentgelte und Entflechtung der Netze durch die Regulierungsbehörden) werden bei der Bemessung von Durchleitungsgebühren für die Nutzung von Strom- und Gasleitungen konsequent angewendet. Den Oligopolen im deutschen Strom- und Gasmarkt soll unter anderem durch eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs entgegengewirkt werden. Dazu ist auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Transitzapazitäten sowie für den deutschen Gasmarkt auf den Aufbau von Flüssig-Erdgasstrukturen hinzuwirken. Im Interesse einer preisgünstigen Energieversorgung wird die Ökosteuer nicht weiter erhöht. Die geltenden Entlastungsregelungen bei der Ökosteuer für die Industrie werden beibehalten. Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes und insbesondere der energieintensiven Industrie verbessern. Deshalb werden wir bei der Umsetzung der EU-Energiesteuer-Richtlinie Möglichkeiten zur Entlastung ausschöpfen und Wege zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit prüfen. Wesentliche energiepolitische und energiewirtschaftliche Weichenstellungen werden zunehmend international getroffen. Wir werden daher insbesondere auf die Formulierung energiepolitischer Rahmenbedingungen in der EU und in internationalen Gremien aktiv einwirken und dabei die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Wir setzen uns für europäische Strategien zur nachhaltigen und preisgünstigen Energie- und Rohstoffversorgung ein.

### **7.1 Klimaschutz und Energie – eine Strategie, ein Programm**

Deutschland wird weiterhin seine führende Rolle im Klimaschutz wahrnehmen. Ziel ist, die weltweite Temperatursteigerung auf ein klimaverträgliches Niveau von 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Stand zu begrenzen. Wir werden daher das nationale Klimaschutzprogramm weiter entwickeln und zusätzliche Maßnahmen ergreifen, damit Deutschland sein Kyoto-Ziel für 2008 bis 2012 erreicht; uns dafür einsetzen, dass bis 2009 ein internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 geschaffen wird, das auf dem Kyoto-Protokoll aufbaut; uns dafür einsetzen, dass andere Industriestaaten und wirtschaftlich fortgeschrittene Schwellenländer in ein neues Klimaschutzabkommen einbezogen werden und ihren Fähigkeiten entsprechende Verpflichtungen übernehmen; vorschlagen, dass sich die EU im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 insgesamt um 30% gegenüber 1990 zu reduzieren. Unter dieser Voraussetzung wird Deutschland eine darüber hinaus gehende Reduktion seiner Emissionen anstreben; die Klimaschutzvereinbarung mit der Wirtschaft aus dem Jahr 2000 evaluieren; eine Partnerschaft für Klima und Innovation mit der deutschen Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen anstoßen, die gerade auch für den Mittelstand weltweit Zukunftsmärkte erschließt; basierend auf der Initiative der G8 eine neue Partnerschaft zwischen Industrie und Entwicklungsländern vorantreiben, die auf eine anspruchsvolle Modernisierung der Energieversorgung zur Steigerung der Energieeffizienz und auf den Ausbau erneuerbarer Energien gerichtet ist. Diese Partnerschaft soll ein verbindliches Klimaschutzabkommen ergänzen, keinesfalls aber ersetzen; darüber hinaus ein internationales Aufforstungsprogramm anstreben, um die Fähigkeit von Wäldern zur Bindung von Kohlenstoff zu nutzen.

### **7.2 Emissionshandel**

Wir werden den Emissionshandel als wichtiges Instrument des Klimaschutzes ökologisch und ökonomisch effizienter gestalten und daher den Nationalen Allokationsplan für die Periode 2008 bis 2012 auf der Basis der im Zuteilungsgesetz 2005/2007 festgelegten Ziele aufstellen, Mitnahmeeffekte (windfall profits) vermeiden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen; das Zuteilungssystem transparenter und unbürokratischer gestalten und soweit europarechtlich möglich Kleinanlagen herausnehmen; durch eine erleichterte Nutzung internationaler Klimaschutzprojekte (zum Beispiel JI und CDM) nach dem Kyoto-Protokoll die Marktchancen der deutschen Industrie im Ausland stärken; die EU-Kommission bei ihrer Prüfung unterstützen, den Flugverkehr in angemessener Weise in einen Emissionshandel einzubeziehen; die Einbeziehung anderer Industrieländer und großer Schwellenländer in einen weltweiten Emissionshandel

vorantreiben; in der 2. Zuteilungsperiode darauf achten, dass Anreize zum Neubau von effizienten und umweltfreundlichen Kraftwerken gegeben werden. Wir wollen die Kostenbelastung der Wirtschaft durch den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel senken. Dazu wollen wir gegebenenfalls eine Überarbeitung der EU Emissionshandelsrichtlinie anstreben. Bei der Fortschreibung des Nationalen Allokationsplans 2 (2008 – 2012) werden wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen. Das Zuteilungssystem ist transparenter und unbürokratischer zu gestalten, die Einbeziehung anderer Industrieländer und großer Schwellenländer in den Emissionszertifikate-Handel werden wir einfordern. Zur erhöhten Flexibilität des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels ist die schnelle Umsetzung der flexiblen Kyoto-Mechanismen (zum Beispiel JI und CDM) notwendig.

Recherchiert hat Matthias Hüttmann, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit solid